

# DIE ZWÖLF-MILLIONEN-SCHWEIZ: EINE SOLIDARISCHE PERSPEKTIVE

Die Klimaerhitzung wird sich nicht mehr ausreichend eindämmen lassen, um katastrophale Entwicklungen aufhalten zu können. Auch aus weiteren Gründen müssen wir mit einer weltweiten Zunahme von Kriegen, Hungersnöten, Wirtschaftseinbrüchen und gesellschaftlichen Zerfallserscheinungen rechnen. Dabei wird die Existenz von Hunderten Millionen Menschen gefährdet und viele werden fliehen müssen, um zu überleben. Gleichzeitig werden Kriege und widrige wirtschaftliche Verhältnisse die Migration weiterhin antreiben.

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder und befindet sich in einer gemässigten Klimazone. Sie wird wahrscheinlich mit einer hohen Zahl von Geflüchteten konfrontiert und wird viele Menschen aufnehmen müssen, weil sie sich der wachsenden Not nicht verschliessen kann. Dem gilt es Rechnung zu tragen. Mit der Chiffre einer Zwölf-Millionen-Schweiz wollen wir genau dies tun. Die Chiffre steht für eine offene und solidarische Politik, die das Bestmögliche unternimmt, um Menschenleben zu retten und zu bewahren. Sie steht für die Bereitschaft, Leben zu schützen, statt einen Kampf aller gegen alle zu führen, Probleme also anzupacken, statt sich abzuschotten. Ebenso steht sie für den Ausstieg aus den enormen strukturellen Verschwendungen, die den Spätkapitalismus kennzeichnen.

Es sind diese Verschwendungen, die uns in die Klimakrise getrieben haben. Die gute Nachricht dabei ist: Wenn es uns gelingt, die Verschwendungen zurückzunehmen, entsteht ein gewaltiger Spielraum für die erforderliche radikale Änderung von Wirtschaft und Gesellschaft. Unsere zentrale These dabei lautet: Das, was es für die solidarische Gestaltung einer Zwölf-Millionen-Schweiz braucht, ist ohnehin unerlässlich, wenn wir die Klimaemissionen in nötigen Masse eindämmen und dabei dem Postulat der Klimagerechtigkeit gerecht werden wollen.

Die Perspektive einer solidarischen Zwölf-Millionen-Schweiz ist ein Projekt, das die Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik, Arbeit und Care Ökonomie im Sommer 2023 in Angriff genommen hat. Im vorliegenden Text erläutern wir die Grundlagen dieses Projekts. Im weiteren Verlauf wollen wir erkunden, mit welchen konkreten Massnahmen und Projekten sich die Schweiz auf deutlich mehr Einwohner:innen vorbereiten kann, welche Chancen sich bieten und welche Änderungen in den Strukturen und den Lebensverhältnissen dafür erforderlich sind. Mittlerweile bestehen dazu bereits diverse Arbeitsgruppen. Sie widmen sich unter anderem den folgenden Bereichen: Boden/Wohnen/Lebensräume, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Sicherheit. Das Projekt ist als offener Prozess konzipiert, bei dem weitere Interessierte und Fachleute einbezogen werden sollen.

Das Projekt kann auch thematisch erweitert werden, zum Beispiel um den internationalen Kontext (Schengen, Europa, Aspekte globaler Klimagerechtigkeit). Es ist geplant, mit Workshops und Hearings zu arbeiten und am Reclaim-Democracy-Kongress vom 13. und 14. September 2024 zu einigen Themen Veranstaltungen stattfinden zu lassen. Die Ergebnisse aus diesem Projekt sollen laufend publiziert werden, u.a. auf der Denknetz-Website.

## WAS AUF UNS ZUKOMMT

Die Welt taumelt in eine Epoche tiefgreifender und umfassender Krisen. Die herrschenden politischen Kräfte und die Wirtschaftseliten haben verhindert, dass die Ziele des völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaabkommens von 2015 eingehalten werden. Entsprechende Massnahmen kommen zu spät, sind zu schwach, und oft treiben sie die Entwicklung auch in eine falsche Richtung (Stichwort Greenwashing). Die Marke einer globalen Erwärmung um 1,5 Grad ist bereits im Jahr 2023 ein erstes Mal überschritten worden und dürfte schon bald auch nicht mehr unterboten werden. Auch eine Beschränkung auf 2 Grad erscheint angesichts der heutigen Kräfteverhältnisse in der Klimapolitik als wenig aussichtsreich. Damit aber entgleiten die meteorologischen Prozesse zunehmend der Kontrollierbarkeit. Dies bedeutet allerdings nun keineswegs, dass die Klimaerhitzung überhaupt nicht mehr zu bremsen wäre und Klimapolitik sinnlos geworden ist. Klimaschutz im Sinne der Mitigation, also der Milderung und Abschwächung der Erhitzung, wird vielmehr immer drängender, wenn die grösstmöglichen Verheerungen wie ein Anstieg des Meeresspiegels um viele Meter verhindert werden sollen. Anpassungs- und Schutzmassnahmen (Adaptation) und die Bewältigung unmittelbarer Bedrohungen (wie etwa durch Lebensmittel-Versorgungskrisen und Wassermangel) werden zudem in rascher Folge die Agenda der Politik mitbestimmen.

Kein Land wird sich gegen globale Entwicklungen abschotten und nur für sich selbst Anpassungen vornehmen können. Dies wäre auch allein schon deshalb nicht wünschbar, weil die Logik der Abschottung in eine Logik des Kampfes aller gegen alle führt – und nichts würde den Niedergang der menschlichen Zivilisationen mehr beschleunigen, als wenn sich diese Logik durchsetzte. Globale Spannungen würden enorm befeuert, Klimakriege um Ressourcen und Lebensräume wären unausweichlich. Deshalb wollen wir dazu beitragen, den Diskurs über das erwartbare «Hitzeszenario» in eine ganz andere Richtung zu lenken. Als Denk- und Arbeitsgemeinschaft, die in der Schweiz verwurzelt ist, wählen wir dafür als Kristallisationskern die Chiffre der Zwölf-Millionen-Schweiz – nicht, weil dies ein Ziel an sich wäre, sondern weil reiche Gesellschaften in gemässigten Klimazonen künftig mehr Menschen Lebensraum gewähren sollen. Gleichzeitig müssen wir ohnehin grosse strukturelle Anpassungen an die erwartbaren Krisenlagen vornehmen und die strukturellen Verschwendungen von Energie, Lebensräumen, materiellen Ressourcen und Geldmitteln durchbrechen. Diese beiden Anforderungen fügen sich nahtlos ineinander.

## ZWÖLF MILLIONEN – EINE CHIFFRE

Ende des dritten Quartals 2023 betrug die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz 8 931 306 Personen. Warum gehen wir – im Sinne einer Chiffre – von einer Zwölf-Millionen-Schweiz aus, also einer Zunahme von einem Drittel? Niemand kann ja voraussagen, wie sich die Schweiz und wie sich die Weltlage entwickeln. Warum also eine «exakte» Zahl?

Zum Ersten deshalb, weil eine konkrete Zahl geeignet ist, die Herausforderungen zu verdeutlichen, die mit einem Bevölkerungswachstum verbunden sind. Zweitens wollen wir mit unserer Chiffre dem «Schreckgespenst» einer Zehn-Millionen-Schweiz den Wind aus den Segeln nehmen und damit jenen Kräften, die all jene in die Defensive drängen wollen, die für eine welt-offene Politik sind. Die SVP hat im Sommer 2023 eine nationale Volksinitiative lanciert, die verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 nicht mehr als zehn Millionen betragen darf. Kaum sind diese zehn Millionen in den Raum gestellt, wird auch bereits die Marke zur Diskussion gestellt, die wir als Chiffre gewählt haben. So ist Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider in einem Interview gefragt worden, ob sie Angst vor einer Zwölf-Millionen-Schweiz habe (NZZ am Sonntag vom 26.11.2023), was sie verneint hat – zum Glück. Zehn Millionen sind nicht «schrecklich»,

auch zwölf Millionen sind es nicht. Denn so oder so braucht es eine klimagerechte und zukunftsverträgliche Gestaltung unserer Lebensräume und unserer Lebensverhältnisse: weniger Autos, weniger Mobilität, weniger Abfälle und weniger Umweltbelastung, weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoss durch die Baubranche, bessere Luft, mehr Kreislaufwirtschaft, mehr sinnstiftende Erwerbsarbeit im Rahmen einer Care-Gesellschaft, gerechtere Verteilung des Reichtums.

Unsere Überlegungen sind im Grundsatz auch auf andere reiche Länder in gemässigten Zonen übertragbar bzw. müssen diese einbeziehen, im Besonderen das uns umgebende Europa.

### DREI LEITPLANKEN

Für die Erarbeitung konkreter Vorschläge, wie auf eine klimagerechte und solidarische Zwölf-Millionen-Schweiz hingearbeitet werden kann, dienen uns folgende drei Leitplanken.

#### ERSTENS: ENTSCLOSSENER AUSSTIEG AUS ALLEN FORMEN DER (STRUKTURELLEN) VERSCHWENDUNG

Wenn wir einer Politik der (Klima-)Gerechtigkeit in den kommenden Jahrzehnten zum Durchbruch verhelfen wollen, müssen wir die enormen strukturellen Verschwendungen des späten Kapitalismus aufbrechen. Die unerträglichste aller Verschwendungen ist die ungleiche und in weiten Teilen schädliche Verteilung des Reichtums. Bei winzigen Eliten haben sich Billionenvermögen angehäuft. Laut Oxfam besaßen 2016 die acht reichsten Personen dieser Welt gleich viel wie die (ärmere) Hälfte der Weltbevölkerung. In den letzten zehn Jahren hat sich das reichste Prozent der Menschheit mehr als die Hälfte des gesamten neu erwirtschafteten globalen Vermögens angeeignet, seit 2020 sogar fast zwei Drittel (Oxfam Deutschland 2023). Ein hoher Anteil dieser Gelder ist zudem nicht produktiv, sondern spekulativ angelegt und treibt unter anderem die Immobilienpreise in die Höhe. Diese zentrale Verschwendung zu durchbrechen heisst, grosse Teile der Vermögen in die Gesellschaft zurückzuverteilen und damit wieder zugunsten aller nutzbar zu machen.

Eine auf individuelle private Autos ausgerichtete Mobilität führt ebenfalls zu enormen Verschwendungen. Autos, die im Schnitt rund 1.5 Tonnen schwer sind, transportieren vor allem sich selbst und verbrauchen dafür enorme Mengen an Energie; sie stehen im Schnitt 23 von 24 Stunden pro Tag ungenutzt herum; ihre Herstellung erfordert enorme Mengen an zum Teil seltenen Rohstoffen, an Energie und Arbeit, und ihr Betrieb löst einen massiven Platzbedarf aus. Eine Umstellung auf Elektromobilität verlängert und vergrössert diese Verschwendung, statt sie zu

durchbrechen. Sie ist auf eine weitere globale Ausdehnung der Automobilität ausgelegt und passt damit perfekt in die Strategien der Autokonzerne.

Zur inakzeptablen Verschwendung gehören auch Güter, die nicht reparierbar sind, deren Lebensdauer vielmehr oft künstlich begrenzt wird und deren Design nicht auf Wirtschaftskreisläufe ausgelegt ist. Ein Viertel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz stammt laut dem Bundesamt für Umwelt aus dem Gebäudesektor (Bundesamt für Umwelt (2024)). Die Baubranche insgesamt verursacht 84 Prozent der schweizweiten Abfallproduktion (Circular Hub 2023.) Das Recycling, das Wissen und die Praxis zur Kreislauffähigkeit der verwendeten Baustoffe steckt in den Kinderschuhen. Weiter werden mit dem gedankenlosen Umgang mit Lebensmitteln, ressourcenintensiven Luxusgütern wie Privatjets, grossen Jachten, Luxusvillen oder Weltraum-Tourismus und der Vielfliegerei unsinnige Mengen an Ressourcen verschleudert.

Schliesslich führt auch die erneut in Gang gekommene militärische Aufrüstung zu enormen Verschwendungen; deshalb ist alles zu unternehmen, um die internationalen Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang zu bringen und zu Friedensverhandlungen beizutragen.

## ZWEITENS: KLIMAGERECHTIGKEIT STATT GEGENSEITIGE VERNICHTUNG, OFFENHEIT UND SOLIDARITÄT STATT ABSCHOTTUNG

Orientierungs- und Ankerpunkt einer klimagerechten, das heisst sozialen, ökologischen und demokratischen Politik ist die Maxime einer Politik für alle: Alle Menschen haben gleichen Anspruch auf ein sicheres und lebenswertes Leben. Dabei werden die Werte Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität bestmöglich miteinander verknüpft. Denn Freiheit ohne Gerechtigkeit verkommt zur Vernichtung, Sicherheit ohne Solidarität zur Diktatur. Eine Politik für alle schliesst auch den Kampf gegen jede Form von Diskriminierung ein und wirkt darauf hin, dass patriarchale Strukturen aufgebrochen werden. Auch wenn eine Politik für alle nicht immer jederzeit zu 100 Prozent eingelöst werden kann, so stellt sie dennoch eine unabdingbare Leitplanke dar. Es handelt sich dabei keineswegs nur um eine Schönwetter-Maxime, um naives Gutmenschentum. Ganz im Gegenteil: Eine solche Orientierung ist für die Selbsterhaltung der Menschheit zwingend erforderlich, weil sonst der Kampf aller gegen alle und damit die Selbsterstörung droht.

Davon sind alle Bereiche staatlichen Handelns betroffen. Beispielsweise muss eine Sozialpolitik, die diesen Anforderungen genügt, auch unter erschwerten Bedingungen allen Bewohner:innen eine würdige Existenz sichern. Bei der Verteilung knapper Güter müssen die Kriterien der Gerechtigkeit und der Umweltverträglichkeit gleichermassen zum Tragen kommen.

## DRITTENS: EINE WESENTLICHE AUSWEITUNG DER POLITISCHEN EINFLUSSNAHME AUF DIE WIRTSCHAFT

Wenn es, was zu erwarten ist, zu wiederkehrenden Verknappungen von Rohstoffen, Energieträgern und Gütern des täglichen Bedarfs kommt, werden Rationierungen unerlässlich, ebenso Preiskontrollen gegen Inflationsschübe und weitere politische Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen. Rationierungen sind gleichzeitig auch unabdingbar, um die erforderliche Reduktion der Klimaemissionen voranzubringen, und zwar überall da, wo keine umwelt- und klimaschonenden Alternativen verfügbar sind, wie etwa beim Flugverkehr. Alle Formen von Rationierungen müssen wiederum sozialverträglich ausgestaltet werden, wenn sie breite Akzeptanz finden sollen.


Weiter werden demokratische Eingriffe in die Wirtschaft erforderlich, um die Gesellschaften krisenresistenter zu machen. Dazu gehört etwa die Stärkung regionaler Selbstversorgung mit Energie, Nahrungsmitteln, essenziellen Medikamenten und weiteren unerlässlichen Gütern des täglichen Bedarfs. Dazu gehört der Einbau von «Sollbruchstellen» und Redundanzen bei Infrastrukturen wie etwa der Strom- oder Wasserversorgung, um die Auswirkungen von Störungen und Ausfällen möglichst eindämmen zu können. Ein mehrtätiger Stromausfall etwa liesse praktisch das gesamte gesellschaftliche Leben zusammenbrechen und hätte neben offensichtlichen Folgen auch kaum beachtete Konsequenzen. Als Beispiel sei der unweigerliche Tod eines Grossteils der Kühe genannt, die heute mit elektrischen Anlagen gemolken werden.

## PERSPEKTIVE CARE-GESELLSCHAFT

Es braucht das Primat der Politik über die Wirtschaft, und es braucht die Ausrichtung der Politik am Gemeinwohl, um den erforderlichen Wechsel weg vom Paradigma des Profits und der Ausbeutung hin zum Paradigma der Gerechtigkeit und der Sorgsamkeit voranzubringen. Erst unter einem solchen neuen Care-Paradigma wird es auch gelingen, die patriarchalen Strukturen dauerhaft zu überwinden sowie sozioökonomische, ethnische, genderbezogene und kulturelle Diskriminierungen entscheidend zurückzudrängen. Die immer noch überwiegend den Frauen aufgebürdete Sorge- und Betreuungsarbeit muss dabei nachhaltig aufgewertet werden. Die Sorgsamkeit im Umgang mit den Ressourcen und den Lebensräumen muss zur Selbstverständlichkeit werden. Die Coronakrise hat es ja bereits deutlich gemacht: Alles lässt sich in einer Notlage schliessen, nicht aber die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern, die Versorgung und Pflege von kranken und gebrechlichen Menschen, die Sorge für die tägliche Nahrung, für gesellschaftliche Infrastrukturen, für Sicherheit und Hygiene. Für all dies müssen künftige Immigrant:innen optimal einbezogen werden. Was wir brauchen, ist eine Care-Gesellschaft, die sich an den entsprechenden Werten der Sorgsamkeit, der Kooperation,

der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit orientiert und danach trachtet, allen Menschen eine würdige Existenz zu sichern.

Mit jeder Einwanderung sind wesentliche Bereicherungen verbunden. Die Schweiz hat dies wiederholt erfahren. So haben beispielsweise die Hugenott:innen das Uhrhandwerk in die Schweiz gebracht, deutsche Ingenieure haben die hiesige Maschinenindustrie mitgeprägt, italienische Fremdarbeiter:innen haben unsere Esskultur bereichert, Sinti und Roma verdanken wir entscheidende Impulse für die Volksmusik. Je besser wir uns auf künftige Einwanderungen vorbereiten, umso grösser die Chancen, weitere Bereicherungen fruchtbar werden zu lassen.

Niemand weiss genau, wie sich die Weltlage entwickeln wird. Vielmehr nehmen Unsicherheiten zu und es wird wichtiger, auch auf das Unvorhersehbare vorbereitet zu sein. Entschlossenheit und rasches Entscheiden wird erforderlich sein, ohne dass es deswegen zu Notrecht in Permanenz kommen darf. Dies ist eine grosse Herausforderung für eine demokratische Politik. Auch darüber wollen wir nachdenken. 

## LITERATUR

Bundesamt für Umwelt (2024): Gebäude, <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/verminderungsmassnahmen/gebaeude.html>

Circular Hub (2023): Zirkularität in der Schweizer Baubranche: Es stockt in der Umsetzung, März 2023, <https://circularhub.ch/magazin/details/zirkularitaet-in-der-schweizer-baubranche-es-stockt-in-der-umsetzung>

Oxfam Deutschland (2023): Factsheet Davos, Umsteuern für mehr Gerechtigkeit.